



Verwicklungen von VW in brasilianische Militärdiktatur umfassend aufklären

Pressemitteilung von Klaus Ernst, 14. November 2017

„Dass VW Brasilien mit hoher Wahrscheinlichkeit aus eigenem Antrieb mit der dortigen Militärdiktatur von 1964 bis 1985 zusammengearbeitet und damit bewusst die Ermordung von Menschen durch das Regime in Kauf genommen hat, ist ungeheuerlich. Wir fordern darüber eine umfassende Aufklärung“, erklärt Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf das belastende Gutachten der Bundesstaatsanwaltschaft São Paulo zu den Verwicklungen der brasilianischen Tochterfirma des Volkswagen-Konzerns in die Machenschaften der Militärdiktatur. Ernst weiter:

„Jetzt ist zu prüfen, inwieweit auch die VW-Zentrale in Deutschland davon Kenntnis gehabt hat und in diesen Vorgang involviert war. Wir fordern den VW-Konzern auf, nicht ein mögliches Gerichtsverfahren abzuwarten, sondern von sich aus die Dinge offenzulegen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Der Konzern weiß sicher am besten, was er getan hat

und was nicht. Gegebenenfalls erwarte ich von VW ein umfassendes Eingeständnis der Schuld, rasche und großzügige Wiedergutmachungszahlungen – sofern das noch möglich ist. Auch müssen die damals bei VW Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Außerdem muss geprüft werden, ob es gegenwärtig Geschäftsbeziehungen von VW in Ländern gibt, in denen es Menschenrechtsverstöße gibt, und in welcher Weise VW dort agiert.“